

---

|  |  |                               |
|--|--|-------------------------------|
| Wissenschaftliche Arbeiten<br>aus dem Burgenland Heft 95<br>Sigel WAB 95 | Burgenland 1921<br>Anfänge, Übergänge, Aufbau<br>„Schlaininger Gespräche 1991“ | Eisenstadt 1996<br>Österreich |
|--|--|-------------------------------|

---

MILAN KRAJČOVIČ

## Die Slowakei und die Entstehung des Burgenlandes

Die Slowakei und das Burgenland sind nicht nur durch gemeinsame Grenzen verbunden, sondern haben auch in der weit zurückliegenden und in der jüngeren Vergangenheit, in unserem Fall besonders seit der Geltendmachung des nationalen Prinzips nach der Französischen Revolution, in der Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts viele Gemeinsamkeiten. Bis zu einem bestimmten Maß korrespondierte auch das Problem der Autonomie der Slowakei und des Burgenlandes beziehungsweise Deutschwestungarns besonders nach dem Ende des Ersten Weltkriegs zur Zeit des Waffenstillstandes bei der slowakischen Emigration in Wien, Budapest und in Polen. [F. Jehlička]

Eine breitere historische Basis und Genesis bei der Erläuterung des Themas sind die slowakisch-deutsch-österreichischen Beziehungen mit einer Spezifizierung auf die Beziehungen der Slowaken und der Ungarn-Deutschen, die bei einer annähernd gleichen Anzahl wie die Slowaken über zwei Millionen besonders seit dem Ansteigen der Magyarisierung im 19. Jahrhundert mehr oder weniger auch zu den nicht gleichberechtigten ungarischen Nationalitäten gehörten, auch wenn sie eine privilegierte Stellung einnahmen. In den slowakisch-deutsch-österreichischen Beziehungen gab es, zum Unterschied von den Beziehungen der Deutschen zu den übrigen Slawen, im wesentlichen keine grundlegenden historischen Widersprüche. Gerade das Gegenteil war der Fall und zwar auch dank der Tatsache, daß ein Drittel des slowakischen Volkes protestantisch war und bei den deutschen Protestanten geistige und auch materielle Unterstützung fand.

Die Repräsentanten der Slowaken suchten und fanden im 19. Jahrhundert in Wien eine Stütze gegenüber der Magyarisierung. Im Laufe von Jahrhunderten leistete die entwickelte deutsche Minderheit in der Slowakei besonders in den Städten einen positiven Beitrag zur geistigen und auch wirtschaftlichen Entfaltung der Slowakei. Man kann also von einem bedeutenden Einfluß und von einer Bereicherung der Slowakei aus dem deutschen geistigen Milieu, aus der Wirtschaft und aus der Kultur sprechen. In diesem Sinne werden die slowakisch-deutsch-österreichischen Beziehungen auch von der neuzeitlichen Forschung im Westen charakterisiert. Das wird auch durch die im Jahr 1961 in

Stuttgart unter der Redaktion R. Steinackers<sup>19</sup> herausgegebene wissenschaftliche Publikation symbolisiert.

Diese Beziehungen wurden im ehemaligen kommunistischen Regime freilich gegensätzlich bewertet. Im Geiste der Ost-West-Konfrontation nur negativistisch, gleichsam unter der Ägide des sogenannten deutschen Imperialismus und Pan-Germanismus. Ich vertrete hingegen die Ansicht,<sup>20</sup> daß es ein methodologischer Fehler ist, bei der Bewertung der Geschichte der Slowakei in der tschechoslowakischen Geschichte nur aus der tschechischen Geschichte die Konstruktion des Drangs nach Osten als hauptsächliche Gefahr auch auf die slowakische Geschichte zu übertragen. Die hauptsächliche Gefahr für die Slowaken war (so wie für die Ungarn-Deutschen und das Burgenland) die Magyarisierung und gerade deshalb kam es zu funktionellen Verbindungen dieser Plattformen und zur Unterbreitung gemeinsamer Memoranden.

Das slowakische Volk setzte einige Male auf Wien große Hoffnungen, die das Integrationstendenzen in Mitteleuropa hätte festigen können und zwar im Jahr 1848 in den 60er Jahren des 19. Jahrhunderts und dann im Jahr 1906 auf den Plan des Thronfolgers, der eine Demokratisierung durch die Einführung des allgemeinen Wahlrechts in Ungarn auch auf einem militärischen Weg, und dadurch die Erlangung einer parlamentarischen Mehrheit der Nichtmagyaren in Ungarn, verfolgte. Die Ermordung des Thronfolgers im Jahr 1914 bedeutete einen Verlust der pro-österreichischen Hoffnungen. Die slowakische Nation war als kleine Nation im wesentlichen keine desintegrierende Kraft in Mitteleuropa, sie konnte nur schwer an eine selbständige Staatlichkeit denken, da sie über kein eigenes aufgebautes System der Kultur und des Schulwesens verfügte und es in der Nation keine vollständige Sozialstruktur gab. Daher war ihr Ideal eine Föderation und sie suchte an den Kreuzwegen Europas nach föderativen Möglichkeiten, um sich, ob nun mit Wien, Budapest, Warschau, ja auch Moskau, als moderne Nation entwickeln zu können. Bestimmte Äußerungen des Panslawismus waren daher in den konservativen politischen Kreisen im national-politischen Zentrum Turčiansky Sv. Martin nur eine katastrophische utopische Variante - die einzige gegen die sich verschärfende national-politische und soziale Unterdrückung, eine Äußerung der Hoffnungslosigkeit im dualistischen Ungarn. Die modernen Politiker wie Dr. M. Hodža nahmen nie an neoslawischen Kundgebungen teil, sondern integrierten sich in die politischen Kreise in Wien. Dr. Hodža gehörte dank Dr. Steinacker seit dem Jahr 1907 zum Belvedere-Kreis des Thronfolgers. Dann spielte er besonders während des Ersten Weltkriegs zusammen mit dem Fabrikanten K. Stodola bei der Arbeit fortschrittlicher politischer Kreise Wiens an einer großösterreichischen Föderation eine wichtige Rolle. So wie wir im slowakischen politischen Denken auch anti-deutsche und anti-österreichische (unter dem Einfluß der magyarischen Linken promagyarische) Strömungen feststellen können, die

---

<sup>19</sup> Deutsche und Slowaken. Ein Vorbild deutsch-slawischer Zusammenarbeit. Stuttgart 1961.

*Krajčovič* M., Deutsche und Slowaken in der Geschichte. Herne 1996 (in Druck). Auch *Sme národ so západnou kultúrou*. In: *Literárny týždenník*, Bratislava 25, 1990.

jedoch nach meiner Ansicht nicht überwogen, gab es auch bei den deutschen Vertretern Ungarns im Verhältnis zu den Slowaken und Rumänen, also zu den hauptsächlichen Repräsentanten der außerparlamentarischen und parlamentarischen nationalen Koalition in Ungarn des 19. und des beginnenden 20. Jahrhunderts, zwei Plattformen.<sup>21</sup> Eine großdeutsche magyarophile Position, deren Vertreter im Jahr 1918 die magyarophile Bewegung Jacob Bleyers war, die auch für den Preis einer Assimilation der Ungarn-Deutschen vom Gesichtspunkt der Großmachtinteressen Deutschlands und des Deutschtums auch in Österreich als das natürlichste Bündnis das Zusammenwirken der Deutschen und Magyaren gegenüber den Slawen im Kampf um die Vorherrschaft in Mittel- und Osteuropa durchsetzte.

Es gab aber auch eine andere Gruppe, die nach meiner Ansicht schließlich vorherrschte. Der Vater dieser Politik war gerade Dr. Steinacker. Sie sah ihr Ziel in einem oppositionellen Kampf gegen die Magyarisierung und in einem nationalen Erwachen der Ungarn-Deutschen. Sie führte zur Gründung der Ungarländischen Deutschen Volkspartei, zu einer Zusammenarbeit mit der Nationalitätenkoalition, besonders mit den Rumänen und Slowaken, zum Auftritt von R. Brandsch in Zusammenarbeit mit M. Hodža, zur Übergabe des aus Deutschland finanzierten und durch die Tätigkeit des Thronfolgers unterstützten Budapester Tagblatts im Jahr 1913, bis zur Gründung des DVfU (= Deutscher Volksrat für Ungarn) von Brandsch, zur Ausrufung der Autonomie Deutschwestungarns und schließlich zum Anschluß des Burgenlandes an Österreich.

Im allgemeinen kann gesagt werden, daß in der slowakischen Politik nach dem Jahr 1918, als im Frühjahr 1919 bei der Friedenskonferenz in Paris die Frage der Errichtung eines Korridors durch das Burgenland zwischen der Slowakei und Slowenien aufgeworfen wurde, aus globalen politischen Gründen der Selbstbestimmung der Slowakei vorwiegend ein Standpunkt für den Anschluß des Burgenlandes an Österreich eingenommen wurde. Nur eine kleine magyarophile, hauptsächlich vom Herbst 1919 auch separatistische, Strömung mit dem in Wien und Budapest wirkenden Dr. Jehlička an der Spitze, nahm Bleyers Plattform an (die unerwartet auch Dr. E. Steinacker unterstützte.)<sup>22</sup> Diese setzte sich für eine Autonomie des Burgenlandes in Ungarn ein, um angeblich einen starken Nationalitätenblock in Ungarn zu bilden. Eine entscheidende Rolle in der slowakischen Burgenlandpolitik spielte der erwähnte Dr. M. Hodža, der slowakische Politiker mit dem größten Weitblick unter den ungarischen Verhältnissen, mit den weitreichendsten Verbindungen auch zu westungarischen deutschen Oppositionspolitikern (Zsombor, Zalkai) und besonders mit R. Brandsch.

---

<sup>21</sup> Das geht deutlich aus den Materialien, Nachlaß E. Steinacker, Institut für donauschwäbische Geschichte, Tübingen, hervor. Auf dieses Archiv stützt sich die Arbeit *Schlereth L., Die politische Entwicklung des ungarländischen Deutschtums während der Revolution 1918/1919*, München 1939. Nachlaß Steinacker Bd. XXVI, Tübingen, Memorandum J. Bleyers, Budapest 19. 12. 1920 über die Deutschen Westungarns, 10. Die deutsche Diplomatie betrachtete auch Prof. Kmoško als einen slowakischen Spezialisten für diese Frage in der Emigration.

Bei der Bewertung der konkreten Entwicklung der Selbstbestimmung des Burgenlandes als internationales Problem in den Jahren 1918-1921 sind vom Gesichtspunkt der Slowakei folgende komparative Themen aktuell und bislang nicht herausgearbeitet: die Frage der Autonomie des Burgenlandes und der Slowakei während der Regierung Károlyi, die Problematik des Korridors,<sup>23</sup> die Projekte eines unabhängigen Burgenlandes nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages von Saint Germain im Sommer 1919 und auch die Fragen der Festlegung der Grenzen zwischen der Slowakei und dem Burgenland. Es ging besonders um die Stadt Bratislava und ihre deutsche Umgebung, um die Besiedlung unter den Kleinen Karpaten bis nach Pezinok. In diesem Beitrag bringen wir neue primäre Dokumente

Zur Frage des Korridors: Als erstes Beispiel wird das Memorandum T. G. Masaryks an Sir E. Grey vom April 1915 angegeben.

Ich behaupte, daß an der Frage des Korridors vor allem die tschechischen Industrie- und Finanzkreise vom Gesichtspunkt einer Expansion in Richtung Balkan und eines Zuganges zur Adria interessiert waren. Von diesem Standpunkt aus betrachtet, spielte die slowakische politische Repräsentation bei der Verfolgung des Projektes keine sehr aktive Rolle, auch wenn kein Zweifel darüber besteht, daß die Slowakei geopolitisch und wirtschaftlich durch eine territoriale Verbindung mit Slowenien Jugoslawien gewonnen hätte.

Eine neue Etappe in der Nationalitätenbewegung, jedoch auch im Verhältnis der Slowaken zu den Deutschen, ihrer Politik und das Burgenland und zu ihrer Bewegung in Ungarn, beginnt am Anfang des 20. Jahrhunderts. Es vertieft sich die Krise des Dualismus und die gesamtdeutschen Organisationen verstärken die kulturelle und materielle Unterstützung in der Presse und im Schulwesen. Nach den Parlamentswahlen des Jahres 1905 entsteht in Budapest ein parlamentarischer Nationalitätenklub, dessen Sekretär Dr. M. Hodža ist. Eine neue Qualität in der Beziehung der Bewegung der Ungarn-Deutschen zur Koalition der Nationalitäten und im oppositionellen Kampf der demokratischen bürgerlichen Kräfte und der Sozialdemokratie für ein allgemeines Wahlrecht bildet die Entstehung der ungarländischen Deutschen Volkspartei am 21.12.1906. Die politische Partei der Deutschen wurde vom Organ. Hodža Slovensky tyzdenník in Budapest im Leitartikel seiner Nr. 21 besonders herzlich willkommen geheißen und Hodža selbst nahm später an den Kongressen der Ungarländischen Deutschen Volkspartei teil. Zu einem staatsrechtlichen Programm der Nationalitätenkoalition, jedoch auch zu einem Projekt des „Belvederes“, in dessen Kreis auch Hodža im Jahr 1907 gelangte, wurde das Buch des Mitglieds der Koalition A. C. Popovici,<sup>24</sup> Vereinigte Staaten Großösterreich. Im Projekt angesprochen waren unter den autonomen Ländern auch das Burgenland und

---

<sup>23</sup> Archiv T. G. Masaryks, Ústav T. G. M., Prag (ATGM), Frankreich,, Karton 3, New York 14. 7. 1915, Karton 2, Italien, Karton 1, England. Die erste, von Masaryk skizzierte Karte, die wir anführen, veröffentlichte das Organ der Emigration La Nation Tcheque am 26. I. 1915.  
August Ernst, Geschichte des Burgenlandes, Wien 1987, 18.

die Slowakei. Als Abgeordneter für die Untere Batschka (Dolná Bačka) veranstaltete Hodža in den Jahren 1905-1910 auch eine Reihe von Massenversammlungen in den deutschen Gemeinden.

Zur Zeit der Revolution 1918 und unmittelbar nach dem Zerfall der Habsburgermonarchie erkennen wir auch grundlegende Äußerungen für die Selbstbestimmung der Slowakei und des späteren Burgenlandes in den westungarischen Komitaten. Am 30. 10. 1918 ist dies die Deklaration der Slowakischen Nation im Sitz des Slowakischen Nationalrats in Turc, Sv. Martin in der Mittelslowakei. Gleichzeitig organisieren auch die Vertreter der westungarischen Deutschen und der Kroaten eine Bewegung für die Selbstbestimmung und Autonomie, mit Géza Zsombor und A. Zalkai an der Spitze, in Ödenburg, in Bratislava und an weiteren Stellen. Ein Organ der Autonomiebewegung war auch die Zeitung „Westungarischer Grenzbote“ in Bratislava. Die Nationalversammlung meldete in ihrer Erklärung vom 12. 10. 1918 die Ansprüche Österreichs auf Westungarn einschließlich des Bezirks Bratislava an. Am 22. 12. wurde in Ödenburg auch die Autonomie für Westungarn<sup>7</sup> ausgerufen. Der deutsche Konsul gibt aus Budapest bekannt, daß sich die neue Regierung Ungarns gegen die Ansprüche Österreichs auf Westungarn auch um Hilfe an die Regierung der USA<sup>8</sup> wandte (Bern 28. 10. 1918). Im Nachlaß eines führenden Vertreters der nationalen Bewegung der Ungarn-Deutschen finden wir auch eine Karte des autonomen Burgenlandes einschließlich Bratislava und Umgebung.<sup>9</sup>

Während des Umsturzes und vom Gesichtspunkt der Selbstbestimmung der Slowakei und des Burgenlandes sowie vom Blickwinkel des Schicksals der Deutschen in der Slowakei aus betrachtet, spielte der Bevollmächtigte der CSR, der nach dem 26. 11. in Budapest wirkende Milan Hodža eine Schlüsselrolle. Als wichtigster slowakischer Politiker war er zugleich der Hauptexperte der Prager Regierung für die ungarische Frage. Er arbeitete unmittelbar mit R. Brandsch und seiner Gruppe auch in dieser Krisenperiode, jedoch auch mit Zsombor, Zalkai und Szokolcsai in Westungarn und Bratislava zusammen. Es gelang ihm, für die CSR auch die Frage der Zipser-Deutschen mit dem Abkommen<sup>10</sup> vom 7. 12. 1918, mit dem Versprechen einer Selbstverwaltung, friedlich zu lösen. Diese ähnlich der von Prag den Slowaken versprochene Autonomie, wurde CSR nicht gewährt. Eine große Unbekannte und ein großes Problem bei der territorialen Abgrenzung der Selbstbestimmung der Slowakei und des späteren Burgenlandes war die Frage, wem die Stadt Bratislava und ihre Umgebung, also die deutsche Besiedlung am

<sup>7</sup> Jahn, Egbert, K., Die Deutschen in der Slowakei in den Jahren 1918-1929, München-Wien 1971, 35.

<sup>8</sup> Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes in Bonn (PA AA Bonn) R 8867, Bern 28. X. 1918.

<sup>9</sup> Nachlaß Steinacker, Tübingen XXL, XXXII, Manuskript E. Steinackers, Die Magyarisierung Westungarns. Ebenda auch das Memorandum Bleyers An die amerikanischen Commissaire, in welchem der Deutsche Volksrat eine Besetzung durch amerikanische Truppen fordert. Hier unterstreicht er, daß die Bewohner Preßburgs energisch dagegen protestieren, daß sie an den tschechischen Staat angeschlossen werden. Preßburg gehört untrennbar zu Deutsch-Westungarn. Auch die Zipser und übrigen Deutschen Oberungarns wollen auf keinem Fall zu den Tschechen. Siehe eine ähnliche Darlegung von KovačD., Deutschland und die deutsche Minderheit in der Slowakei 1871-1945, Bratislava 1991, 52.

Jahn E., c. d., 38.

linken Donauufer, gehören sollte. Ansprüche stellte auch die slowakische Repräsentation und die vorwiegend slowakische Besiedlung der Umgebung, obwohl die Slowaken in der Stadt mit 1/3 in der Minderheit waren, und Prag wegen der wirtschaftlichen und strategischen Bedeutung der Donau. Wie bekannt, war in der Note von der Entente an die Regierung in Budapest vom 4. 12. 1918 über die Selbstbestimmung der Slowakei im Rahmen der CSR noch keine Demarkationslinie festgelegt.<sup>11</sup> Darüber wurde in Paris erst durch die sogenannte Foch-Demarkationslinie vom 23. 12. 1918 entschieden, durch welche Bratislava an die Slowakei fiel. Die Siegermächte anerkannten die strategischen und wirtschaftlichen Ansprüche des neuen Staates der Tschechen und Slowaken auf die Donau und dadurch auch auf das Gebiet am nördlichen Ufer. Am 1. Januar 1919 besetzte die CSR die Stadt Bratislava [Preßburg] und der Minister für die Verwaltung der Slowakei, V. Šrobár, erklärte sie am 4. 2. 1919<sup>12</sup> zur Hauptstadt der Slowakei. Die Ungewißheit bei der Lösung dieser strittigen Frage - Westungarn und die Slowakei - dauerte bis zur Unterzeichnung der Friedensverträge zwischen Österreich und Ungarn. Es wurden sogar Bemühungen um eine Internationalisierung dieses Territoriums als Wilson-Stadt ventiliert.

Im diplomatischen Kampf um Bratislava und Umgebung, besonders aber um den strategisch wichtigen Brückenkopf<sup>13</sup> am anderen Donauufer, war es für Prag ein außenpolitisch wichtiger Schritt und Erfolg, daß Präsident T. G. Masaryk am 25. 4 und am 3. 5. 1919 deutsche und magyarische Delegationen Bratislavas und Grossschuts mit Memoranden für einen Anschluß an die CSR im Interesse der wirtschaftlichen Entwicklung dieses Gebiets und eine weitere deutsche Delegation Petržalkas empfang, die wirtschaftlich auch in dieselbe Richtung argumentierte.<sup>14</sup>

Das Problem Bratislava und Umgebung begann zu einem internationalen Problem zu werden, auch wenn sich Prag bemühte, dies zu vereiteln. Der tschechische diplomatische Vertreter Flieder teilte im November 1918 aus Wien mit, daß Károlyi Wien das Versprechen machte, Ungarn werde im Falle einer Untertützung bei der Erlangung der Slowakei die westlichen Gebiete an Österreich abtreten. Laut den im Nachlaß Steinackers erhaltenen Statistiken der deutschnationalen Bewegung umfaßte dieses Gebiet Westungarns 20 Gemeinden mit 23.000 deutschen Bewohnern.<sup>15</sup> Auch in Bratislava entstand

---

Jahn E., c. d., 40. siehe auch seine Nationalitätenstatistik auf S. 19. Siehe Kovač D., 55.

Dejiny Bratislavy, Ed. D. Lehotská, Bratislava, 1978., 332. Im ungarischen Fonds des Waffenstillstandes befindet sich ein an das Kriegsministerium in Budapest gerichtetes Gesuch vom 30. 12. 1918, in welchem der Deutsche Volksrat von Preßburg gegen die vorbereitete militärische Verteidigung der Stadt protestiert und verlangt, die Stadt - in Anbetracht der potenziellen Schäden - ohne Kampf zu übergeben. Unterzeichnet von Carl Angermayer, Hugo Dewald, Paul Wittich, Ferdinand Billot, Alois Zalkai (der bekannte Slowakophile), Dr. Ludwid Fitz. Hadtörténelmi levéltár. HM Fegyverszüneti Bizottság (FS zB) Dobocsz 2, 1918-1919, I. 53. No. 604 2485.

Dejiny Bratislavy, 54

Archiv Federálneho ministerstva zahraničných vecí, Prag (AFMZV Praha, Pařížský archiv (PA) Bd. 48, 4870 u. a. Die offiziellen Protokolle aus diesen Audienzen wurden in französisch als Dokumente der Friedenskonferenz in Paris übermittelt. Siehe Kovač D., c. d., 55.

Nachlaß Steinacker, Tübingen, Bd. IV. Laut Jahn, S. 19, lebten im Jahr 1919 in Preßburg 30.165 Deutsche, 27.481 Slowaken und 24.126 Magyaren.

parallel zur Zweigstelle des Slowakischen Nationalrats auch ein deutscher Nationalrat, der sich am 15. 12. 1918 Brandschas Richtung anschloß, die für einen Anschluß Westungarns an Österreich war (im Gegensatz zu den Ansichten Bleyers, Steinackers und Rösslers, die voraussetzten, daß in der Slowakei schließlich die sich für eine Autonomie in Ungarn einsetzenden Kräfte die Überhand gewinnen würden, wodurch ein starker nationaler Block zustande käme). Zum Streit um Bratislava und die Umgebung der Stadt blieb als Zeugnis auch das berühmte Interwiev Präsident Masaryks für die Zeitung *Déli Hirlap*<sup>16</sup> erhalten; ist keine magyarische sondern eine deutsche Stadt. Aber das ganze Hinterland ist slowakisch und unsere wirtschaftlichen Bedürfnisse zwingen uns, Preßburg einzuverleiben. Preßburg wird unser Donauhafen. Ein großer Teil unseres Exports, besonders Holz, Kohle und Zucker, braucht den Wasserweg.“ In der Frage der Stadt Bratislava führte Milan Hodža noch am 2. 12. 1919 wichtige Verhandlungen mit Sonderbotschafter Clark, dem er das slowakische Programm vorlegte.<sup>17</sup>

Im weiteren Teil der Studie beschäftigen wir uns mit der Wirkungsperiode der autonomistischen Nationalräte in den Jahren 1918-1919 bis zum Friedensvertrag von Saint Germain im Lichte des diplomatischen Archivs in Prag und Bonn und des Nachlasses Steinackers.

Laut den historischen Tendenzen entwickelte sich auch die Bewegung der Ungarn-Deutschen in der Zeit des Umsturzes in zwei Richtungen. Ähnlich wie bei den weiteren Nationalitäten, bildete sich auch bei den Slowaken (Dr. Jehlicka) eine hungarophile Richtung heraus. Am 1. November 1918 gründete der katholische Donauschwabe Jakob Bleyer den Deutsch-ungarischen Volksrat (DUV). Diesen Volksrat bildeten allerdings nur christlich konservative, absolut loyale, ungarische<sup>18</sup> Patrioten. Bleyer wurde dann nach dem Fall des Bolschewismus auch Nationalitätenminister der konservativen Regierung in Budapest. Am 10. November 1918 kam es zur Gründung des Deutschen Volksrates für Ungarn durch 150 Vertreter der Ungarländischen Deutschen Volkspartei, des Bauernbundes etc. Neben R. Brandsch und dem Obmann der Ungarländischen Deutschen Volkspartei, Dr. L. Kremling, wurde der Preßburger Sozialdemokrat Heinrich Kalmar zum Vorsitzenden gewählt.

Insbesondere mit diesem Segment der Bewegung der Ungarn-Deutschen entwickelte Milan Hodža in Budapest eine Zusammenarbeit. Davon zeugt sein Bericht nach Prag vom 9. 12. 1918 auch in der Frage der Autonomie Westungarns. Ich setze voraus, daß

<sup>16</sup> PA AA Bonn, Böhmen R 90931 9. 3. 1919,..... Masaryk nannte Preßburg eine deutsche Stadt“ Jahn E., c. d., 41.

AFMZV, Mierová konferencia (MK), 180, No.232.

In den Materialien der deutschen Diplomatie aus Budapest befinden sich wertvolle historische Analysen beider Richtungen der Ungarn-Deutschen-Politik: PA AA Bonn, Ungarn, R 8873, Budapest 18. 8. 1918, über die Bedeutung Bleyers, R 8868 Budapest 19. 1. 1919 über die beiden Richtungen und weiter „...unter den Deutschen wird aber am Anschluß der Westkomitate an Österreich nicht gezweifelt, aber aus taktischen Gründen wird diese Bewegung gegenwärtig etwas gedämmt, um sich die Hilfe von der Seite Ungarns gegen die Südslawen zu sichern und die Vereinigung der Tschechen und Südslawen zu verhindern“

der Deutsche Volksrat für Ungarn aufgrund seiner Bemühungen auch eine Zusammenarbeit mit dem Slowakischen Nationalrat in Martin anknüpfte. Ein Schreiben von Brandsch vom 2. 12. 1918 blieb erhalten und in ihm setzte er sich für eine freundschaftliche Zusammenarbeit auch im Interesse des Schicksals der Deutschen in der Slowakei ein. In demselben Geist antwortete auch der Slowakische Nationalrat dem Deutschen Volksrat für Ungarn in einem Schreiben vom 28. November 1918.<sup>19</sup>

Es ist bekannt, daß am 10. 11. 1918 in Mattersburg auch ein Deutscher Volksrat für Westungarn gegründet wurde.<sup>20</sup>

Am 22. 12. wurde in Ödenburg die Autonomie Deutsch-Westungarns einschließlich Preßburgs proklamiert. Ernst<sup>21</sup> betont, daß die Beamtenschaft und der Klerus für eine Autonomie im Rahmen Ungarns waren. Gegen diese Strömung sprach sich R. Brandsch bei einer Versammlung am 1. 12. 1918 in Westungarn aus. Eine wichtige Rolle in der autonomistischen Bewegung spielte der Vorsitzende der Deutschen Radikaldemokratischen Partei, der Journalist Géza Zsombor aus Ödenburg, der vor dem Krieg mit der Nationalitätenopposition und auch mit Hodža zusammenarbeitete<sup>22</sup> und Redakteur der Grenzpost war. Er gründete in Ödenburg einen Deutschen Volksrat und leitete am 28. 12. die deutsche Delegation bei den Verhandlungen mit Minister Jászi. Nach der Kodifizierung der Autonomie wurde Zsombor dann von Károlyi zum Gouverneur Deutsch-Westungarns ernannt (27. 1. 1919). Am 21. März wurde die Macht jedoch von den Bolschewiken übernommen.<sup>23</sup>

Das Korridor-Projekt - eine Verbindung zwischen der ČSR und Jugoslawien, zwischen der Slowakei und Slowenien, internationalisierte, dank Prag im Frühjahr 1919 stark die Frage des Burgenlandes. Es war eigentlich Prag, das bei der Friedenskonferenz als erste Seite das Burgenland-Problem vortrug.<sup>24</sup> Ein deutscher Diplomat aus Prag legte bereits am 18. 12. 1918 eine komplexe Analyse dieses Projekts des tschechischen Expansionismus vor: Der Korridor als Zugang zum Meer, ein strategisches und wirtschaftliches Ziel, das sich auch auf ethnische Argumente der Selbstbestimmung von etwa 1/3 der kroatischen Bevölkerung Westungarns stützte. Das Projekt wurde auch ideologisch mit der Trennung der Ungarn von den Deutschen begründet.<sup>25</sup> Das schlug sich auch zum Beispiel in den Leitartikeln der großen Prager Tageszeitungen, wie zum Beispiel in den *Národní listy*, nieder (11. 12. 1918).

<sup>19</sup> Literárny archív Matice Slovenskej Martin (LAMS) 94 I 19.

<sup>20</sup> Ernst August, c. d., 188. Soós, Katalin, A Nyugat-Magyarországi kérdés 1918-1919, Budapest 1962, 17. Soós K., Burgenland az európai politikában 1918-1921, Budapest 1971, 13.

Ernst August, c. d., 189.

Soós, K., A Nyugat-Magyarországi ..., 3.

Ernst August, c. d., S.189, mit dem Gesetzesartikel VI. wurde am 6. 12. 1918 sogar der Versuch unternommen, durch eine geheime Abstimmung aus Deutsch-Westungarn einen unabhängigen Staat zu schaffen, was unmittelbar nicht gelang, aber unsere neuen Dokumente bezeugen, daß Zsombor an diese Konzeption anknüpfte im J. 1919.

Ernst August, c. d., 190,

PA AA Bonn, Böhmen R 9089

An der Frage des Korridors arbeitete die tschechische Politik bereits während des Krieges hauptsächlich in der Emigration und bei der Vorbereitung der an die Friedenskonferenz gerichteten Memoranden. Davon zeugen komplexe Elaborate im Prager diplomatischen Archiv, das Memorandum Nr.15, „Die Verbindung der Tschechoslowaken und Jugoslawen und Nr.16, „Der Korridor“<sup>26</sup> In den Dokumenten der Prager Regierung wird darauf hingewiesen, daß sich entlang der magyarisches-deutschen Sprachgrenze kroatische Gemeinden befinden und eine Brücke bilden, die das tschechoslowakische und das jugoslawische Territorium ethnographisch verbindet. Wie bekannt, untermauerte Dr. E. Beneš in seinem ersten Exposé, als er bei der Friedenskonferenz am 5. 2. 1919 in zweiter Reihe dieser Forderungen auch den Korridor vorlegte,<sup>27</sup> diese Forderung mit der vom Gesichtspunkt der Entente günstigen strategisch-militärischen Trennung der Deutschen von den Ungarn als Feinde der Entente. Also ein Korridor als Instrument gegen die großdeutsche Politik des Drangs nach Osten. Daran anknüpfend gab es auch von der tschechoslowakischen Delegation bei der Friedenskonferenz erstellte Dokumente über die strategische Bedeutung des Korridors (30. 1. 1919). Am 8. 3. 1919 entschied sich die Kommission jedoch aufgrund der Initiative Italiens und mit der Zustimmung Englands und der USA gegen das Korridor-Projekt.<sup>28</sup>

Nachteilig für die tschechische Machtpolitik wirkte sich bei der Durchsetzung des Korridor-Projektes bei der Friedenskonferenz in der ersten Phase der Lösung dieser Frage auch die Tatsache aus, daß in dieser Zeit sogar die Regierung in Belgrad, für welche eher andere territoriale Forderungen (Adria, ungarische Grenze usw.) den Vorrang hatten, zum Korridor-Projekt eine reservierte und mißtrauische Haltung einnahm. Erst als jene Fragen mehr oder weniger gelöst waren, begann sie sich intensiver für den Korridor zu interessieren. Sie fürchtete auch den tschechischen wirtschaftlichen Expansionismus auf dem Balkan. Es wurde weiters auch die Ansicht vertreten, daß es sich nur um wirtschaftliche Interessen Prags handle und die ethnischen Gründe schienen zweitrangig zu sein. Dazu kam auch die grundsätzliche Mißbilligung der Regierung Italiens, mit der Belgrad den hauptsächlich territorialen Konflikt aufrecht erhielt. Vor allem aber kam es nach der Eröffnung der Friedenskonferenz wegen der taktischen Haltung der Regierung der CSR im Verhältnis zu Italien zu einer Verstimmung im Verhältnis zwischen Prag und Belgrad. Die Jugoslawen beschuldigten Prag, daß sie gegenüber den Italienern nicht ausreichend unterstützt würden, wie ein deutscher Diplomat am 24. 1. 1919 aufzeichnete:<sup>29</sup> „Die Südslawen scheinen daher wenig geneigt, dem Wunsch der Tschechen entsprechend westungarische Gebiete bis in der Gegend von Preßburg zu

---

<sup>26</sup> AFMZV, MK, Karton 2. Laut diesen Dokumenten sollten dem tschechischen Korridor-Projekt sogar 9487 qkm mit 780.950 Einwohnern zufallen (davon 304.750 Magyaren, 255.179 Deutsche, 141.860 Kroaten und 72.400 Slowenen). Die bisher bedeutendste Arbeit zu diesem Thema ist die Doktordissertation von Falk E., *Das Burgenland im Blickfeld tschechischer Großherrschaftspläne*, Stuttgart 1937, mit Karten und dem Memorandum II, 60, die sich jedoch vorwiegend auf veröffentlichte Quellen stützt. Soós K., *Burgendland*, 13; Falk E., c. d. 73 n. Soós K., *Burgendland*, 14. PA AA Bonn, R. 9091, Prag 24. 1. 1919.

besetzen, um dadurch den von den Tschechen ersehnten Korridor zu schaffen, der ein Vorschild der Slawen von der Ostsee bis zur Adria erstellen und gleichfalls dem deutschen Drang nach Osten in den Weg treten soll“ Beneš und der Premierminister Kramá mußten sich in ihrem eignen Interesse taktisch verhalten und konnten nicht immer im Einklang mit der jugoslawischen Delegation vorgehen. Das schlug sich auch in den proitalienischen Erklärungen Kramás in der Frage der Adria, von General Štefánik und anderen nieder.

Auf der anderen Seite war es interessant, daß es zur Zeit der zweiten Phase der Aktualisierung der Korridor-Frage während der ungarischen Krise, gerade Belgrad war, das im Sommer 1919 einen starken Druck auf Prag ausübte, den Korridor militärisch zu besetzen und dadurch auch um den Preis eines *fait accompli* nach dem Vorbild der Rumänen die Friedenskonferenz vor vollendete Tatsachen zu stellen. Beneš sandte aus Paris ein chiffriertes Telegramm (27. 7. 1919): „Die allgemeine Situation erlaubt uns nicht, uns an militärischen Aktionen zur Schaffung eines *fait accompli* durch die Besetzung des Korridors zu beteiligen“<sup>30</sup> Die ablehnende Haltung von Beneš ging auch daraus hervor, daß die CSR von der Friedenskonferenz noch eine günstige Lösung wichtiger territorialer Fragen, besonders des Gebiets um Teschin, erwartete. Hinter die Kulissen der tschechisch-jugoslawischen Beziehungen bei der Durchsetzung der Frage des Korridors führen uns vor allem die Berichte der diplomatischen Vertreter Deutschlands in Prag. Das Konsulat hatte seine Konfidenten in der Regierung in Prag, beim Präsidenten und in der Friedensdelegation in Paris.<sup>31</sup>

In Wirklichkeit waren sich jedoch auch einige tschechoslowakische Repräsentanten, wie Hodža und der Botschafter in Wien, Tusar, dessen bewußt, daß der Korridor unreal war. Auch der tschechische Historiker Gajan<sup>32</sup> schrieb vor längerer Zeit, daß selbst Beneš diese Frage bereits in einer der ersten Sitzungen nur als eine zweitrangige und bedingte Frage vorlegte. Sie waren sich darüber einig, daß sich in der tschechoslowakischen Kommission der Friedenskonferenz Italien entschieden dagegen aussprechen werde, da es in seiner antijugoslawischen Politik ein starkes Ungarn als Gegengewicht benötigte. Am 8. 3. wies die Kommission den Korridor zwar zurück, aber diese Frage verschwand nicht gänzlich von der internationalen politischen Szene.<sup>33</sup>

Zu einer neuen wichtigen Aktualisierungsphase der Korridor-Frage kam es zur Zeit der Bemühungen der Friedenskonferenz um eine Liquidierung des Bolschewismus in Ungarn. Das war laut unserer Ansicht auch die letzte reale Chance, diese Lösung militärisch geltend zu machen. Laut dem von Marschall Foch ausgearbeiteten Plan sollten die

---

<sup>30</sup> AFMZV, Fonds E. Beneš: K 8.

<sup>31</sup> PA AA Bonn, R. 9091, Prag 24. 1. 1919.

Bohemia 13, München, 322. Gajan, K., Masaryk, Beneš und Kramář, 31. PA AA Bonn, R. 9099, 18.5.1919.

Ernst August, c. d., 190, Soós K., c. d. 14. Auch das bekannte Memorandum von Lloyd George aus Fontainebleau vom 25. 3. 1919 relativierte die tschechoslowakisch-französische Konzeption und die territorialen Forderungen Prags.

CSR und auch Jugoslawien gegen die bolschewistische Diktatur in Ungarn intervenieren. Die C SR und auch Jugoslawien stellten jedoch die Frage nach dem Korridor als Belohnung für ihr eventuelles Handeln. Dazu berichtete der deutsche Botschafter aus Wien am 26. 5. 1919: „Das Entente-Unternehmen gegen Ungarn kommt nicht vorwärts. Es bestätigt sich durchaus, daß die Tschechen und Südslawen nur mit dem halben Herzen dabei sind, nachdem man ihnen den geforderten Lohn, den 'Korridor' durch Westungarn abgeschlagen hat“ Auch in einer Analyse des deutschen Generalstabs über die Gesamtsituation in Südosteuropa vom 1. 5. 1919<sup>34</sup> wird angeführt, daß die Tschechen ein großes Interesse daran hätten, daß die Bolschewiken in die Slowakei eindringen, um sich anschließend dadurch die Grenzen zu verbessern... später auch ein Vorgehen in Richtung Preßburg zur Schaffung eines tschechisch-südslawischen Korridors erfolgen könnte“ Der deutsche Diplomat übermittelte am 8. 6. 1919 jedoch aus Wien die vertrauliche Erklärung der Sondermission Cunninghams gegen den Korridor.<sup>35</sup> Dazu brachte auch die Prager Union am 8. 6. 1919 den interessanten Beitrag „Kundgebung für die Erneuerung der gemeinsamen Grenzen mit den Südslawen“. Die tschechische Politik kehrt offiziell bei der Friedenskonferenz zum Projekt in verschiedenen Varianten zurück. Etwa durch das Auftreten des Premierministers Kramá in einem Memorandum vom 3. 7. 1919, in welchem er für die CSR eine Verbindung mit dem Meer auf zwei durch Ungarn und Österreich führenden, international rechtlich anerkannten, Eisenbahnstrecken forderte,<sup>36</sup> die auch geltendgemacht wurde.

Nach Kramás Protesten sprach jedoch die Friedenskonferenz, in einer anderen Variante am 20. 7. 1919 das Burgenland Österreich sogar ohne ein Plebiszit zu.<sup>37</sup> Wie Soós anführt, ging es um 4312 km<sup>2</sup>, 340 917 Bewohner, davon um 255.532 Deutsche. Dann bewertete der deutsche Diplomat in einem geheimen Bericht die Bedingungen für Saint Germain als annehmbar, setzte jedoch voraus, daß die österreichische Regierung protestieren und dazu auch die Propaganda nutzen werde, um ihre Befriedigung zu verbergen.

Der Tschechoslowakei, die auf die Korridorpläne verzichtete, wurde ein Brückenkopf südlich der Donau zugestanden, die Bahnlinie Preßburg-Csorna wurde bei Ungarn belassen. Der am 10. September unterzeichnete Friedensvertrag sprach Österreich die westlichen Teile der Komitate Wieselburg, Ödenburg und Eisenburg zu.<sup>38</sup>

---

<sup>34</sup> PA AA Bonn, R 9099, 1. 5. 1919.

<sup>35</sup> PA AA Bonn, R 9100.

Soós K., Burgenland, 24 n. Soós, K., A Nyugat-Magyarországi ..., 18. 58. In dieser Richtung erreichten die Aktivitäten ihren Höhepunkt während der Verhandlungen der österreichischen Delegation in Paris am 7.-11. Juli. Ernst August, c. d., 191.

Soós K., Burgenland, 25; Soós K., Die Westungarische Frage nach dem ersten Weltkrieg, 1918-1921. In: Österreichische Osthefte 8, 2. Heft, 1966, 89.

Ernst August, c. d., 191. Siehe AFMZV, Pravni sekce, Kr. 64, Fsz-20, No. 55, 4. 3. 1939. Vergleich der Entwicklung der Nationalitätenbevölkerung im Burgenland und in der Slowakei: Im Jahr 1910 gab es laut der offiziellen ungarischen Statistik 26.225 Magyaren, laut der österreichischen Statistik aus dem Jahr 1923 13.979, im Jahr 1934 10.442 Magyaren. Die Entwicklung der Zahl der Magyaren ist also ähnlich wie die in der Slowakei „mit dem Unterschied, daß der Rückgang im Burgenland unverhältnismäßig größer ist“.

Die ČSR legte die Frage der Regelung der Grenzen beim Brückenkopf Bratislava in einem offiziellen Dokument der Friedenskonferenz bereits am 8. 2. 1918 vor.<sup>39</sup> Auch Gajan führt ein aus Paris an Masaryk gerichtetes Telegramm von Beneš vom 12. 7. 1919 von den Verhandlungen über den österreichischen Friedensvertrag an, daß die ČSR als Kompensation für den Korridor Bratislava und einen Brückenkopf erhalten werde. Eine komplexe Bewertung und einen Abschluß der Frage des Korridors bietet auch die deutsche Konterspionage für den Südosten in Dresden in einem Elaborat vom 13. 8. 1919<sup>40</sup> über den damit zusammenhängenden Bratislavaer Brückenkopf an: „Durch den Friedensvorschlag erhalte die ČSR über das Preßburger Abkommen hinaus einen weiteren, nicht umfangreichen, aber strategisch und verkehrstechnisch wichtigen Teil des bisherigen ungarischen Staatsgebiets, der Gegend südlich und südöstlich von Preßburg. Dadurch greift dieses Gebiet über die beiden Donauseiten und gewinnt gegen Ungarn und Österreich eine wertvolle Brückenkopfstellung. Der verlangte Korridor quer durch Südslawien nach Westungarn wurde den Tschechen zwar nicht erlaubt, wohl aber wird ihnen die Verbindung mit Südslawien bis Fiume durch zwei über Deutsch-Österreich und das ungarische Gebiet verlaufende Eisenbahnverbindungen gewährleistet. Dazu gesellt sich auch der Bericht eines deutschen Diplomaten aus Prag vom 18. 8. 1919 über die Besetzung Petržalkas vom 13./14. 8. 1919.

Als Folge der partiellen Mißerfolge der Prager Diplomatie bei der Friedenskonferenz in der Frage des Korridors setzten Beneš und Masaryk auch mit Hilfe des bedeutendsten slowakischen Politikers und Kenners der ungarischen Bedingungen, Milan Hodža, in dieser Frage auch auf eine geheime Kabinettpolitik. Hodža war Ende November 1918 in Prag teilweise in Ungnade gefallen, weil infolge des 17. Punktes des Belgrader Waffenstillstandes ohne eine Bevollmächtigung Prags, jedoch im Einverständnis mit dem Slowakischen Nationalrat, mit der Regierung Karolyi über eine zeitweilige Lösung des Schicksals der Slowakei verhandelte. Nach dem Fall Karolyis und der Einführung der bolschewistischen Diktatur gewann er jedoch als Bevollmächtigter und Experte für die ungarischen Probleme wieder an Bedeutung. Die Räterepublik schaffte auch in Westungarn die von Karolyi gebilligte Autonomie Deutsch-Westungarns ab und führte eine Diktatur mit H. Kalmar an der Spitze ein, der in Ödenburg ein neues Organ - einen Gaurat - ernannte. Es herrschte Diktatur, Terror und wirtschaftliches Chaos. Hodža nahm in Bratislava Kontakte zu den Vertretern der autonomistischen Bewegung der Deutschen, die emigriert waren - Zsombor, Zalkai und anderen - auf. Mit diesen Vorkriegs-Mitstreitern für die Rechte der Nationalitäten und das allgemeine Wahlrecht in Ungarn entfaltete Hodža ein großes geheimes politisches Spiel um das Burgenland und auch eine internationale diplomatische Aktion, die in Prag auf eine enorme Unterstützung stieß.

---

AFMZV PA, Dvorsky, Dodatek kúprave hranice Prešporského pŕ edzemi, Bd. 48, 4874. Gajan K., Masaryk, Beneš und Kramá, und ihre Einflußnahme auf die Gestaltung der Friedensverträge. In: Versailles St. Germain Trianon. Umbruch in Europa vor fünfzig Jahren, München-Wien, 1971, 35. PA AA Bonn R 9102.

Ihr Ziel war, den Einfluß Prags in der sogenannten neutralen Zone Westungarns in einer indirekten Form zu gewährleisten, so daß diese Aktion nicht nur gegen die Interessen Budapests, sondern indirekt auch gegen Wien gerichtet war. Die Entwicklung zeigt jedoch den abenteuerlichen Charakter und die Zweideutigkeit der Politik Zsombors. Zu dieser, in der internationalen Fachliteratur unbekannt, internationalen politischen Aktion bei der Entstehung des Burgenlandes entdeckten wir einige Memoranden im diplomatischen Archiv und widmen ihr den weiteren Teil unseres Beitrags.

Als kleines Extempore führen wir dazu an, daß in der bisherigen Literatur auch die Feststellung der deutschen Diplomatie unbekannt ist, daß Karolyi während seines Exils in der CSR mit der Regierung in Prag darüber verhandelte, daß er, falls ihm die CSR zur Wiedereinsetzung seines Regimes verhelfen würde, den Korridor zugestehen würde.<sup>41</sup> Das erste dieser geheimen Dokumente aus der Geschichte der Selbstbestimmung des Burgenlandes ist eine von Alois Zalkai verfaßte Denkschrift. Sie war an den Staatssekretär M. Hodža adressiert, wir setzen voraus, daß er sich zu diesem schriftlichen Auftritt auf der Basis der vorhergehenden mündlichen Verhandlungen mit Hodža, respektive mit der Regierung Srobár in Bratislava, entschloß. Die Verhandlungen fanden in Bratislava statt.

Von der deutschen Seite waren die Hauptakteure die Repräsentanten der Deutschen Radikaldemokratischen Partei Westungarns, der Parteipräsident Géza Zsombor und sein Stellvertreter Alois Zalkai. Diese gab seit dem 1. Dezember 1918 für die Partei die Tageszeitung „Republik“ heraus.<sup>42</sup> Es war die erste Partei, die nach der Budapester Oktoberrevolution einen deutschnationalen Kurs steuerte. In der Ära der Regierung Károlyi unterstützten sie ihn auf eine überzeugende Weise. Jedoch stellten sie die Losung „die Integrität Ungarns allem voraus“ vor die nationalen Forderungen. Das Selbstbestimmungsrecht forderten sie in diesem Rahmen. Neben der Betonung ihren ungarischen Patriotismus wandte sich die Deutsche Radikaldemokratische Partei gegen die nationalen „Renegaten“ in der Intelligenz und in der Stadtverwaltung, die sogar Deutsch als Unterrichtssprache in ihren Mittelschulen aufgegeben hatten. Sie verlangten die kulturelle Autonomie der Deutschen in einer „östlichen Schweiz“ und eine Universität in Preßburg.

In Preßburg setzte sich die Brandische Richtung durch, als am 15. Dez. 1919 von den deutschbürgerlichen Radikalen unter der führenden Beteiligung der Sozialdemokraten der Deutsche Volksrat von Preßburg gegründet wurde. Der Herausgeber der radikal-demokratischen „Republik“, Alois Zalkai, war Mitglied des Präsidiums.<sup>43</sup> Mit der Besetzung Preßburgs durch die tschechoslowakischen Truppen wechselte die „Republik“ die Fahne. Die Zeitung verurteilte jetzt die gesamte ungarische Vergangenheit und lobte

---

<sup>41</sup> PA AA Bonn R 8870, Prag 23. 8. 1319, den Károlyi den hiesigen Nationalisten mundgemacht zu machen versuchte, indem er Ihnen für ihr Land Korridorrechte durch Deutsch-Westungarn verspricht.“  
*Jahn E.*, c. d., 91.

Ebenda, 35. Kováč D., 55.

die demokratischen Tugenden der Tschechen. Zur Ankunft Minister Šrobars schrieb die „Republik“ Die befreiten Völker des einstigen Oberungarns jubeln Dr. Šrobar und seinen Mitarbeitern zu“<sup>44</sup> An der unterschiedlichen Beurteilung des Herrschaftswechsels ist die Partei auseinandergebrochen. Ein Teil der Parteimitglieder fürchtete ungarische Repressionen, falls Preßburg nicht bei der CSR bliebe, opponierte gegen die pro-tschechoslowakische Politik. Am 7. 12. 1919<sup>45</sup> legte A. Zalkai als zu pro-slowakisch sein Mandat als Vizepräsident nieder. Am 2. März wurde der Rechtsanwalt Arpád Szokolczai, auch ein Freund Hodžas, neuer Schriftleiter.

Das war aber nicht das endgültige Verschwinden Zalkais aus der Politik oder sogar aus der internationalen Politik. Der beste Beweis dafür ist seine Denkschrift „Zur Frage Westungarns“ Preßburg im Juli 1919, unterzeichnet von A. Zalkai, Redakteur.<sup>46</sup> Die Denkschrift ist in einige Kapitel gegliedert. Wie wir gesehen haben, beruht der Hintergrund dieser Aktivität des Parteipräsidiums und des Gouverneurs des autonomen Westungarns, G. Zsombor, auf den Kontakten zu Hodža, des pro-deutschen slowakischen Politikers mit einer herausgearbeiteten mitteleuropäischen Konzeption, was sich auch in seinem während des 2. Weltkriegs in der Emigration herausgegebenen Buch niederschlug.<sup>47</sup>

Zu dieser internationalen Aktivität der westungarischen deutschen Autonomisten kam es in der Zeit des Kampfes der deutsch-österreichischen Delegation um das Burgenland beim zweiten Entwurf der Friedensbedingungen in Paris. In der Einführung der Denkschrift informierte Zalkai Prag über die Verhandlungen Zsombors in Bratislava im Interesse von Aktionen gegen die bolschewistische Diktatur im Burgenland: „Der durch die Regierung Karolyi ernannte Gouverneur von Westungarn Géza Zsombor war hier in Bratislava und ersuchte, folgende kurz gefaßte Denkschrift über die westungarische Frage im Auftrag der Vertrauensmänner der Deutschen und Kroaten von Westungarn den kompetenten Stellen zur gef. Kenntnis zu bringen.

### Art der Lösung

Die Deutschen und Kroaten Westungarns erklären ihre Autonomie. Nachdem der ungarische Erzfeind ihrer Freiheit, der Unterdrücker ihres geistigen und materiellen Lebens

---

<sup>44</sup> Republik 4. 2. 1919.

<sup>45</sup> *Jahn E., c. d.*, 91. Zalkai war derart pro-tschechoslowakisch orientiert, daß die ungarischen Truppen seine Tochter in Petrõalka internierten. Als dieser Redakteur der Republik seinen Sohn entsandte, um sie zu befreien, internierten sie auch diesen. Deshalb intervenierte Hodža in Budapest beim Kommandanten der Entente-Mission Vix, der sich in dieser Angelegenheit an das Regierungsorgan Ungarns für den Waffenstillstand wandte (14. 3. 1919) und ihre Freilassung verlangte. HdTL. FszBiz. Budapest Karton 7, I 53, No. 3230.

AFMZV PA 27, No. 2970. Mit diesem Memorandum arbeitete die Regierung in Prag auch weiterhin, denn auf dem Dorsum befindet sich eine Anmerkung 19. August, als es auf sein Ansuchen auch Minister Soukup, und natürlich auch nach Paris übermittelt wurde Hodža M., *Federation in Cetral Europe. Reflections and Reminiscences*. London 1943. Auch während seiner politischen Karriere in der ČSR unterbrach Hodža seine Kontakte mit Brandsch und anderen seiner deutsch-österreichischen Freunde aus der Vorkriegszeit nicht.

und die hieraus erfolgte Gewaltherrschaft der Kommunisten aus eigenen Kräften nicht entfernt werden können, wenden sie sich durch ihr gesetzlich eingesetztes Organ, den Gouverneur Géza Zsombor, an die tschechoslowakische Republik, sie möge ihnen bei ihrem Befreiungswerk behilflich sein, die staatliche Autorität aufzurichten und dem Gouverneur ausreichende Mittel der Exekutive zur Verfügung zu stellen, damit er die autonome Freiheit aufrechterhalten könne.

### **Begründung**

Dadurch wird der Ententebeschuß bezüglich der Feststellung der Grenzen nicht berührt.

Die Tschechoslowakische Republik *annektiert nichts* (m. K.) für sich. Sie unterstützt nur ehrlich und aufrichtig eine Autonomie und befreit zwei Völker von der Anarchie und Schreckensherrschaft. Das Interesse der Republik, daß in ihrer Nachbarschaft geordnete Zustände herrschen, soll nicht bestritten werden, auch das nicht, daß ohne geordnete Zustände am jenseitigen Donauufer die Slowakei stets bedroht würde.

### **Das Interesse der Entente**

Seit tausend Jahren ist die magyarische Politik ein Appendix der deutschen Politik. Arpad-Arnulf gegen Svätopluk, Ladislaus der Kumaner-Rudolf von Habsburg gegen Ottakar, Geschichte des Habsburger-Weltkrieg. Die Schaffung einer neutralen Zone, die Ungarn von Deutschland trennt, ist ebenso eine Lebensfrage wie am Rhein.

Deutsch-Österreich ist stets unter dem Gesichtspunkt von Deutschland aufzufassen, daher wäre eine Trennung Deutschlands von Ungarn durch eine neutrale Zone eigentlich eine Trennung Deutschlands von Ungarn und den bolschewistischen Strömungen des Ostens.

### **Ausführung**

Der Gouverneur erläßt eine Proklamation an die Völker Westungarns, in welcher er die Autonomie verlautbart (Verteilung durch Flugzeuge). Gleichzeitig wendet er sich an die Tschechoslowakische Republik als Verbündete der Entente um Hilfe.

Wegen der Besprechung der Details mußte Géza Zsombor, wohnhaft in Wien I, Nibelungengasse 3, schleunigst nach Prag berufen werden.

### **Befriedigung Deutsch-Österreichs**

Die freie Ausfuhr von Lebensmitteln aus Westungarn nach Deutsch-Österreich wird zugesichert“

Prag kam diese Initiative der deutsch-kroatischen autonomistischen Kreise Westungarns sehr gelegen und es wurde ein großes Interesse an der Aktivität bekundet. Das

Projekt der Schaffung einer neutralen Zone im Umfang des späteren Burgenlandes, förderte nämlich indirekt die Erreichung der Machtziele Prags, da im Falle einer Befreiung des Burgenlandes durch tschechische Truppen Prag sicher Privilegien erlangen würde. Nichtsdestoweniger war Zsombors Plan einer unmittelbaren militärischen Intervention für Prag abenteuerlich und unreal, wenn wir bedenken, daß seine Truppen vor einem Monat in der Slowakei von Kuhn besiegt worden waren und der deutsche Generalstab voraussetzte, daß sie zwei Monate nicht aktionsfähig sein würden. Beneš lehnte schließlich einen Monat später auch die Initiative Belgrads ab, den Korridor mit der Hilfe einer militärischen Intervention zu schaffen. Aber Zsombor wurde trotzdem plötzlich telegraphisch durch den Botschafter in Wien nach Prag berufen, wo er eigenhändig und heimlich weitere drei Memoranden ausarbeitete. Präsident Masaryk und die Regierung beschlossen, diese Aktion durch ihre Internationalisierung bei der Friedenskonferenz in Paris auszunutzen und dadurch die Unterstützung der entscheidenden Kreise der Entente für das Projekt zu gewinnen. Denn in der Person Zsombors, des offiziellen Gouverneurs Westungarns, verbarg sich das Mandat der Selbstbestimmung der Deutschen und Kroaten und dadurch der legitimen Vertretung als offizieller Autorität, was ins Gewicht fiel. Es blieb auch ein chiffriertes Telegramm Präsident Masaryks erhalten, der am 25. 7. Beneš nach Paris berichtete: „Auf Befehl des Herrn Präsidenten fährt heute der Gouverneur des westungarischen Komitats Geza Zsombor nach Paris. Bitte zahlen sie ihm zu Lasten des Innenministeriums 2500 Frs. aus“<sup>48</sup>

Dazu blieben im diplomatischen Archiv in Prag auch weitere Memoranden Zsombors erhalten.<sup>49</sup> Mit dem Datum Prag 31. 7. 1918, dringlich, Westungarn, Memorandum. Das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten übermittelte dem Präsidenten ein Dokument mit der Anmerkung Machaty „Herr Géza Zsombor ist in der Zwischenzeit nach Paris abgereist“ Das erste Dokument ist eigentlich eine von Zsombor eigenhändig verfaßte Beschreibung seiner Verdienste um die Befreiung der Nationen in Ungarn, seiner Zusammenarbeit mit Hodža und der Nationalitätenkoalition bis zum Krieg, dann seines Kampfes um die Autonomie während der Revolution von 1918 und seiner Ernennung zum Gouverneur von Westungarn. Der abschließende Teil enthält seinen Kampf gegen den Bolschewismus und auch seine Verwundung beim bolschewistischen Umsturz.

Er erinnert weiters daran, daß er auch eine Audienz bei General Mittelhauser in Bratislava erreicht habe, bei welcher er um eine eventuelle militärische Intervention - die Besetzung des späteren Burgenlandes - ersuchte: „Er habe sich persönlich bei General Mittelhauser in Preßburg gemeldet, um bei einer eventuellen Besetzung Westungarns mitzuhelfen und die Reorganisierung einer geordneten Zivilverwaltung durchzuführen.“ Weiters informiert er über seine internationalen Aktivitäten in den letzten Tagen vor seiner Abreise nach Paris: „Zsombor hatte vor 10 Tagen telegraphische Unterredungen

---

<sup>48</sup> AFMZV MK, Bd. 107.

<sup>49</sup> AFMZV PA, Bd. 48, No. 4867.

in Sachen Westungarns, wobei er Herrn Clemenceau sowie Herrn General Pelles in Prag positive Vorschläge zu den eventuellen militärischen Aktionen übermittelte. Er steht derzeit in Paris der geehrten Friedenskonferenz selbstlos mit verlässlichen Informationen über Westungarn und den Bolschewismus in Ungarn zur Verfügung und ist bereit, sich persönlich an der Aktion zu beteiligen. Seine Entsendung nach Paris erfolge auf Anraten des Staatskanzlers Schamals und Staatssekretär Hodžas durch den Herrn Präsidenten Masaryk aus Prag“

Ein weiteres geheimes Memorandum Zsombors, das in Prag erhalten blieb, ist ein eigenhändig verfaßtes 7-Seiten Dokument „An den hochgeborenen Herrn Dr. Milan Hodža, Staatssekretär Prag“, datiert in Prag mit dem 23. 7. 1919. Wir setzen voraus, daß es um ein eigenhändig verfaßtes und grundlegendes Dokument ist, mit dem sich Zsombor auch die Vermittlung seines politischen Freundes aus der Vergangenheit, M. Hodža, bei der Prager Regierung einführte.<sup>50</sup> Das beweist auch das Datum des Memorandums.

Zsombor beruft sich in der Einführung auf gemeinsamen Kampf in Ungarn für die Rechte der Nationalitäten bis zum Jahr 1914 und ersucht Hodža als Kenner der ungarischen Probleme: „bitte ich Sie in legaler Vertretung der in Westungarn lebenden Deutschen und Slawen und Magyaren meine dringliche Unterbreitung an die übergeordneten Orte gelangen zu lassen, wonach Westungarn, insbesondere das zwischen Donau, Leitha, Rabfluß und dem Murfluß gelegene Gebiet sofort militärisch unter französischem Kommando besetzt werden mögen.

Meine Berechtigung zur Unterstützung einer solchen Anordnung hat folgende Basis: Am 19. Jänner 1919 versammelten sich in Ödenburg die berufenen Vertreter aller in Westungarn lebenden Nationen und proklamierten einstimmig und feierlich die vollständige Autonomie Westungarns mit Selbstbestimmungsrecht und gleichen Rechten für alle Nationen“ Weiters beschreibt er die Entwicklung der autonomistischen Bewegung und die positive Haltung der Regierung Karolyi (Autonomie-Gesetz 1918).

Im weiteren Teil begründet er die Notwendigkeit einer militärischen Besetzung und beschreibt den Terror des Bolschewismus. Auch wenn der Sturz des Bolschewismus naht, sind ungarische Banden auch weiterhin tätig und verwüsten das Land. Er setzt voraus, daß - „eine rasche Militärbesetzung vielleicht sogar ohne besonderes Blutvergießen möglich wäre“, da 90 Prozent der Bevölkerung gegen den Bolschewismus sei. Für die Kosten der Okkupation würde das autonome Gebiet aufkommen.

Das letzte Memorandum Zsombors in der Frage des Burgenlandes, das im Prager Archiv Beneš erhalten blieb,<sup>51</sup> ist eigentlich ein Protest des Gouverneurs des neutralen autonomen Gebiets Westungarn gegen die Entscheidung der Friedenskonferenz, die in den II. Friedensbedingungen das Territorium sogar ohne Plebiszit Österreich zusprach. Wir setzen voraus, daß Zsombor dieses Memorandum in Paris verfaßte. Welche Be-

---

<sup>50</sup> AFMZV PA 48, 4867.

<sup>51</sup> Ebenda

deutung ihm Beneš zuschrieb, geht aus der eigenhändigen Randbemerkung Beneš „so schnell wie möglich übersetzen“ hervor.

„Der in den Zeitungen veröffentlichte Plan eines teilweisen Anschlusses Westungarns an Österreich hat in der beteiligten Bevölkerung eine allgemeine Erregung und Verzweiflung ausgerufen“, schreibt Zsombor. Er erinnert weiters an die Geschichte der autonomistischen Bewegung, an die Ausrufung der Autonomie, zu der sich die Vertreter von 392 Gemeinden bekannten. Daher zertrümmert der Entschluß der Friedenskonferenz in Paris, laut welchem der größte Teil Westungarns zu Österreich kommt, nicht nur eine bereits real bestehende Selbstverwaltung nationaler Minderheiten, sondern er ist eine Lösung, eine Tragödie, die keine der da bestehenden Faktoren angestrebt hat. Dieser Anschluß wurde übrigens in der Hoffnung auf eine bessere Versorgung mit Lebensmitteln angestrebt, jedoch die geplante Lösung der Friedenskonferenz beläßt gerade die fruchtbaren Teile, Zuckerrüben, Viehzucht, bei Ungarn.

Dabei wird die sich in Ungarn befindende slawische Minderheit, die bisher über Jahrhunderte ihre nationale Eigenart bewahrte, einer sicherlich brutalen Germanisierung unterworfen. Deutsch-Österreich würde sich im angestrebten Anschluß an Deutschland bedenklich bestärkt fühlen“

Bei der Bewertung der internationalen Aktivität der Vertreter der Autonomie Westungarns kann festgestellt werden, daß sich die tschechoslowakische Regierung bemühte, die Aktivitäten der Autonomisten zu ihren Gunsten zu nutzen, da der Plan des Korridors offiziell bereits unreal war. Deshalb organisierte Beneš den Aufenthalt von Gouverneur Zsombor in Paris und öffnete ihm die Türen zu den höchsten Stellen. Zsombor legte seine Memoranden in der amerikanischen Mission Prof. Coolidge, in der englischen General Spear und bei den Franzosen General Lorand vor.<sup>52</sup>

Die tschechischen Politiker waren aber so weitblickend, daß sie eine Politik von zwei Eisen im Feuer verfolgten, da sie die Idee einer neutralen Zone nicht für ganz real hielten. In ihrer Politik der Isolierung Ungarns setzten sie auch auf eine offizielle Unterstützung Österreichs durch eine Politik der Annäherung und der Unterstützung in der Frage des Burgenlandes, auch im strittigen Gebiet Ödenburg. Deshalb riefen auch die österreichisch-tschechoslowakischen Verhandlungen am Ende des Jahres 1919 in Budapest eine Beunruhigung hervor. Dazu gibt es einen treffenden Bericht Fürstenbergs aus Budapest (vom 19. 12. 1919) über Befürchtungen vor tschechoslowakisch-österreichischen und auch jugoslawischen, militärisch gegen Ungarn gerichteten Abkommen.<sup>53</sup> Jedoch der deutsche Botschafter in Wien entkräftete mit einem Bericht vom 29. 12. 1919 über ein vertrauliches Gespräch mit dem Staatskanzler diese Befürchtungen: „sein Endziel sei eine wirtschaftliche Verbindung mit politischem Einschlag zwischen Öster-

---

<sup>52</sup> AFMZV MK, K 4, V. Meiner Meinung nach hat der Abenteurer Zsombor gerade dafür diese antiösterreichische Stellung ausgenutzt, daß er auch nach der Vertreibung der Bolschewiken bei der Weiser-Regierung in Budapest eine hohe Stellung in Bleyers Ministerium erreicht hat.  
PA AA Bonn, R 8871

reich-Tschechei und Jugoslawien.<sup>54</sup> Ähnlich über ein weiteres Gespräch mit Renner vom 8. 1. 1920,<sup>55</sup> daß „über die Slowakei und Westungarn in Prag nicht verhandelt wird“ und er wies auch Berichte zurück, laut welchen Renner für eine Unterstützung aus Prag die Korridorrechte zugestehen würde.

Diese Annäherung fand schließlich in einem Pakt Prags mit Renner vom 12. 1. 1920 (und dann erneut in einem Abkommen vom 16. 12. 1921) ihren Höhepunkt, worüber in einer älteren Studie die tschechische Historikerin Olivova<sup>56</sup> schrieb. Ein chiffriertes Telegramm vom 8. 1. 1920 Prags erklärt Paris, daß es nur einen ökonomischen Grund gäbe, der Zweck der Verhandlungen sei „die angespannten Verhältnisse abzuschaffen, keineswegs eine Allianz oder Föderation“ Schließlich wertet ein chiffriertes Telegramm vom 18. 1. nach Paris den Pakt mit Renner sehr enthusiastisch: Die Verhandlungen mit Österreich erfolgreich abgeschlossen. Politische Vereinbarung weitreichender Natur. Vorbehaltlose Anerkennung des Friedens von Saint Germain, Verzicht auf jedwede Ansprüche in politischer oder territorialer Richtung. Gegenseitige Ablehnung einer Erneuerung des alten Regimes in politischer oder territorialer Richtung. Ablehnung jedweder neuer politischer oder wirtschaftlicher Staatenkomplexe. Prag lehnt ab, von einem Canossagang Wiens zu sprechen. Es wird zu einem wichtigen politischen Zentrum Zentraleuropas.<sup>57</sup> Laut Studie Hochenbichlers gelang es Renner durch dieses Abkommen, die Frage des Korridors definitiv aus der Welt zu schaffen.

Österreich und die ČSR interessierte, respektive verband auch die gemeinsame Frage der militärischen Besetzung Westungarns. Es ist interessant, daß es bereits zur Zeit der offiziellen Festlegung der Ansprüche, jedoch vor der Entscheidung der Friedenskonferenz, in Wien Pläne eines gemeinsamen militärischen Vorgehens in Westungarn gab. Der österreichische Generalstab schlug im Mai Prag ein gemeinsames geheimes Projekt vor. Der tschechische Vertreter in Wien Dr. Flieder meldete am 15. 5. 1919 Beneš nach Paris,<sup>58</sup> daß der Chef des österreichischen Generalstabs, Oberstleutnant Gerold, den Militärattaché Major Votruba aufgesucht und ihm inoffiziell, jedoch mit der Bitte um eine Weitergabe an die entscheidenden Ämter, folgendes mitgeteilt habe: „In drei Komitaten Westungarns gibt es eine starke Bewegung für einen Anschluß an Österreich. Die Sache soll so durchgeführt werden, daß zuerst ein bewaffneter Aufstand ausbricht, durch welchen die Selbständigkeit dieses Territoriums ausgerufen wird. Als ersten Schritt zu einem künftigen Anschluß beabsichtigt die Militärverwaltung Deutsch-Österreichs diese Bewegung militärisch zu unterstützen, daß sie das aber nicht so durchführen wollen, daß es zu einem Zusammenstoß mit unseren Truppen käme .....es gehe

---

<sup>54</sup> PA AA Bonn, R 9104

<sup>55</sup> PA AA Bonn, R 9104

*Olivová V.*, K historii československo rakouské smlouvy z r. 1921. In: *Ceskoslovenský časopis historický* IX, 1961, 202 n. Weiteres siehe AFMZV, Fonds E. Beneš, Karton 9.

*Hochenbichler E.*, Republik im Schatten der Monarchie. Das Burgenland ein europäisches Problem, Wien 1971, 26 n., 88 n., 108, 180.

AFMZV PA 48, 44881.

besonders um die auf der beigefügten Karte mit einem roten und blauen Bleistift bezeichneten Gebiete in der Umgebung von Preßburg nach Süden und Südwesten und entlang der Donau. Da die Angelegenheit binnen 14 Tagen realisiert werden soll, wird es den Erwägungen anheim gestellt, ob die tschechischen Truppen gleichzeitig mit der deutschen Aktion nicht auch jene Territorien besetzen sollten, die sie für die Sicherung des Brückenkopfes Preßburg benötigen“. Dr. Flieder kehrt zu dieser Frage erneut in einem Bericht vom 20. 5 aus Wien zurück : Die Frage der Lösung der Wirren in Ungarn steht im Vordergrund der hiesigen Interessen, die Deutschen wollen drei westliche Komitate militärisch besetzen, Österreich macht mobil“<sup>59</sup> Beneš ließ sich jedoch nicht auf eine so gefährliche Zusammenarbeit ein, er verließ sich wie immer auf die Entschlüsse der Friedenskonferenz, wo die tschechoslowakische Delegation eine günstige Position innehatte.

Schließlich führen wir als Epilog zu dieser bisher unbekanntem Geschichte des Entstehungsprozesses des Burgenlandes eine kurze Bemerkung zum letzten Auftritt Zsombors vor der Friedenskonferenz an. Im diplomatischen Archiv in Prag blieb noch sein letzter wichtiger Auftritt in der Causa Burgenland erhalten und zwar bei den Verhandlungen der ungarischen Delegation über den Vertrag von Trianon anfangs Januar 1920. Zsombor hatte damals bereits die Idee der Schaffung einer neutralen Zone aufgegeben und befürwortete einen autonomen Teil Westungarns im Rahmen der Integrität Ungarns. Die ungarische Delegation fügte ihrer bei der Friedenskonferenz vorgelegten Note XI auch einen Annex 5 bei, den eine 70 Seiten umfassende Broschüre Zsombors<sup>60</sup> „Westungarn, zu Ungarn oder Österreich?“, Druck Ödenburg, bildete.

Hier legte er im Geiste des magyarischen Patriotismus auch die oppositionelle Zusammenarbeit der Nationalitätenpartei als Politik der nationalen Versöhnung aus. Uns sind die Motive seines Wechsels auf die andere Seite nicht bekannt. Die ungarische konservative Regierung bemühte sich, auch weitere Repräsentanten der Nationalisten als Mitglieder ihrer Friedensdelegation zu gewinnen (z. B. auch den führenden slowakischen Repräsentanten A. Hlinka, der im Herbst 1919 bei der Friedenskonferenz eine Delegation der Slowaken mit einem Memorandum für eine Autonomie der Slowakei leitete). Auch die deutsche Diplomatie sandte am 23. 12. 1919 ein Elaborat des Repräsentanten der Ungarländischen Deutschen Volkspartei Rössler, in welchem dieser anführt, daß man ihm in Budapest dieselbe Autonomie wie in der Slowakei angeboten habe.<sup>61</sup>

Die ungarischen Regierungskreise waren nicht geneigt, die Entscheidung der Pariser Friedenskonferenz über Westungarn zur Kenntnis zu nehmen. Doch sprach die Friedenskonferenz in den am 15. Jänner 1920 an Ungarn überreichten Friedensbedingungen Deutsch-Westungarn im Einklang mit dem österreichischen Friedensvertrag erneut

---

<sup>59</sup> AFMZV PA, Bd. 2.  
AFMZV MK, K 4, XV.  
PA AA Bonn, R 22029.

Österreich zu <sup>62</sup> Eine Konferenz der Botschafter legte als Termin für die Übergabe des Burgenlandes den 26. 7. 1921 fest. Jedoch die Regierung Bethlen hatte nicht die Absicht, dies zu realisieren und bereitete einen Aufstand vor.<sup>63</sup>

Zum Abschluß fassen wir zusammen, daß die Konzeption einer geheimen internationalen politischen, in Bratislava von deutschen Autonomisten und M. Hodža zur Zeit des Gipfelpunktes der Vorbereitungen und Verhandlungen über den österreichischen Friedensvertrag entworfenen Aktion nicht durchsetzte, jedoch ihre historische Bedeutung hatte und einen wichtigen Moment in der Geschichte der Beziehungen der Slowakei und des Burgenlandes darstellt. Die slowakophilen Repräsentanten der Ungarn-Deutschen mit E. Steinacker, Zalkai und A. Szokolcsai an der Spitze standen im Hintergrund dieser Aktion. Hodža als Experte Prags für die ungarische Frage unterbreitete dann auch nach Paris mehrere ähnliche Aktivitäten aus der Kabinett. Es ist bemerkenswert, wie initiativ so vorsichtige und reservierte Politiker wie Beneš und Masaryk diese Aktion auch finanziell unterstützten.

Nach dem Mißerfolg dieser Aktion und der definitiven Zuerkennung des Burgenlandes an Österreich - die CSR bekam als entsprechende Kompensation den Brückenkopf bei Bratislava und die Privilegien internationaler Garantien auf zwei Eisenbahnstrecken zum Meer - blieb in der Burgenlandfrage im Jahr 1920 für Prag nur eine unbedeutende Rolle übrig. Sie bestand aus einer vorbehaltlosen Unterstützung Österreichs bei der militärischen Besetzung und einer entschlossenen Aktion im Burgenland und aus der vermittelnden Mission von Beneš in der Frage von Ödenburg und Umgebung. Darüber gibt es in Prag nicht veröffentlichte Materialien.<sup>64</sup>

In der ersten Phase der Lösung wurde Österreich von Prag energisch unterstützt. Laut Hochenbichler, der diese Etappe der Geschichte des Burgenlandes am ausführlichsten bearbeitete, verzichtete Kanzler Schober auf die Unterstützung durch Beneš, die der österreichischen Seite zum Sieg verholfen hätte,<sup>65</sup> wegen seines dynastischen Empfindens und in Anbetracht des zweiten Restaurationsversuchs Karls. Die Zugeständnisse Österreichs in der Frage der Stadt Ödenburg und Umgebung, wie sie unter der Vermittlung Italiens im Rahmen des Venediger Protokolls vom 13. 10. 1921<sup>66</sup> verwirklicht wurden, bedeuteten dann auch die erste ernste Verletzung des Friedensvertrags von Trianon, was auch für die CSR und die Slowakei einen gefährlichen Präzedenzfall darstellt.

---

<sup>62</sup> Soós, K., Die westungarische Frage, 95.

PA AA Bonn, 23276. Budapest 4. 8. 1921, über die Note der Entente in der Angelegenheit der Übergabe des Burgenlandes an Österreich bei einer gleichzeitigen Rückgabe von Baranya und Baja durch die Jugoslawen an Ungarn. Ich erinnere daran, daß im sog. Baja-Triangel eine starke Bewegung der dortigen slowakischen Enklaven für einen Anschluß an Jugoslawien existierte, was bei der Friedenskonferenz von Prag und auch von Belgrad unterstützt wurde.

Archiv Vojenského historického ústavu Prag. Fonds E. Beneš, Karton 1, Ungarn 1921, z. B. Dokument, Rozmluva s gr. Száparym o otázce Burgenlandu.

Hochenbichler E., c. d. 50. Hodža drückte sich auch eindeutig für eine pro-österreichische Lösung der Frage aus.

Hochenbichler E., c. d. 143, Protokolltext.

# ZOBODAT - [www.zobodat.at](http://www.zobodat.at)

Zoologisch-Botanische Datenbank/Zoological-Botanical Database

Digitale Literatur/Digital Literature

Zeitschrift/Journal: [Wissenschaftliche Arbeiten aus dem Burgenland](#)

Jahr/Year: 1996

Band/Volume: [095](#)

Autor(en)/Author(s): Krajcovic Milan

Artikel/Article: [Die Slowakei und die Entstehung des Burgenlandes. 77-97](#)